

P/XX/82

Bonn, den 30. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Vor der Landtagswahl an der Saar ----- Unsicherheit bei CDU/SVP und FDP/DPS - Zuversicht bei der SPD Von Friedrich Regitz, MdL	47
2 - 3	Ausbildungsförderung ----- Die Stellungnahmen der Parteien auf dem VIII. Deutschen Studententag Von Klaus Helfer	91
4	Beispiel internationaler Zusammenarbeit ----- Der Appell des griechischen Regierungschefs an seine Landsleute in der Bundesrepublik	44
5	<u>Die Glosse:</u> Ein blinder Spiegel -----	34
6 - 7	Die Energiepolitik der EWG ----- Ab 1980 nur noch Atomkraftwerke ? Von Pierre Simonitsch, z.Z. in Brüssel	64

Vor der Landtagswahl an der Saar

Unsicherheit bei CDU/SVP und FDP/DPS -
Zuversicht bei der SPD

Von Friedrich Regitz, MdL

Während die SPD bereits am 3. April die Kandidaten für den saarländischen Landtag und für den Bundestag auf ihren Landeslisten nominierte, dauern in den anderen saarländischen Parteien die Personendiskussionen unvermindert an. Weder die CDU noch die FDP noch die SVP haben bisher die Listenaufstellung in den Wahlkreisen und auf Landesebene abgeschlossen. Die Sozialdemokraten können also als einzige Partei der saarländischen Bevölkerung rechtzeitig vor der Wahl die Personen nennen, die ihre Politik repräsentieren, und sie werden in den nächsten Tagen ein Regierungsprogramm herausgeben, das umfassend und sachlich über die Vorstellungen einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung informiert.

Im Lager der Regierungsparteien und insbesondere bei der CDU hat das Ergebnis einer jetzt durchgeführten Meinungsbefragung Unruhe und Bestürzung hervorgerufen. Das von der Landesregierung beauftragte Institut soll festgestellt haben, dass die CDU in der Sympathie der Bevölkerung stagniert und seit den Kommunalwahlen am 25. Oktober des vergangenen Jahres keine Fortschritte erzielen konnte. Die SPD dagegen, die damals zum erstenmal stärkste Partei an der Saar geworden ist, hat nach dieser Umfrage die Chance, weitere zwei bis drei Prozent dazuzugewinnen. Die CDU befindet sich in einem echten Dilemma, denn sie kann weder an das für sie unbefriedigende Kommunalwahlergebnis anknüpfen, noch darf sie von der Bundes-CDU wirksame Hilfe erwarten. Die Bundesregierung in Bonn genießt bei der Saarbevölkerung kein grosses Ansehen, denn die Menschen an der Saar erinnern sich zu gut an die stiefmütterliche Behandlung, die ihnen bei und nach der Eingliederung in die Bundesrepublik durch die verantwortlichen Kräfte in Bonn zuteil wurde. Erhard ist an der Saar kein populärer Mann, denn seine Versprechungen vom Niedrigpreisland Saar wurden Lügen gestraft. Die wirtschaftliche Entwicklung hinkt hinter der im übrigen Bundesgebiet her, die geringe Steuerkraft des Landes und die Schwäche der derzeitigen Landesregierung machen die Lösung vieler dringlicher Probleme unmöglich.

Der Koalitionspartner der CDU, die FDP/DPS, befindet sich im Zustand permanenter Spannungen und Auseinandersetzungen. Dr. Heinrich Schneider, der "Trommler" des Abstimmungskampfes im Jahre 1955 und unumstrittene Führer der DPS, hat auf jede weitere politische Tätigkeit verzichtet, nachdem der derzeitige FDP/DPS-Landesvorsitzende, Minister Simonis, ihn durch zahlreiche Intrigen bei seiner erneuten Kandidatur in die Minderheit versetzt hatte. Die Landtagsfraktion ist in zwei Gruppen aufgespalten, und die Opposition gegen den einseitig auf die Zusammenarbeit mit der CDU festgelegten Kurs des Vorsitzenden wird immer stärker.

Die SVP, die bisher von der CDU hart bekämpft worden ist, wird nunmehr angesichts der Misserfolge der stärksten Regierungspartei stark umworben. Die Führung dieser Partei ist sich aber bewusst, dass eine Zusammenarbeit mit der CDU über kurz oder lang die Selbstaufgabe bedeuten müsste. Deshalb wird sie aller Voraussicht nach in allen Kreisen und im Land unabhängige Kandidaten aufstellen und sich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten. Die Konstellation für einen Erfolg der Sozialdemokraten war an der Saar noch nie so günstig wie vor dieser Wahl.

Ausbildungsförderung

Die Stellungnahmen der Parteien auf dem VIII. Deutschen Studententag

Von Klaus Helfer

Unter den bildungspolitischen Problemen, mit denen sich der VIII. Deutsche Studententag in dieser Woche beschäftigt, steht die Diskussion der Ausbildungsförderung an zentraler Stelle. Man kann den Verband Deutscher Studentenschaften zu dem Einfall beglückwünschen, die Haltung der grossen Parteien zu dieser sehr komplexen Materie durch deren berufenen Sprecher erläutern zu lassen. So kam ein politisches Schauspiel zustande, bei dem nicht nur die Übereinstimmungen und Gegensätze in der Sache deutlich wurden, sondern das den Akteuren darüber hinaus auch Gelegenheit bot, die unterschiedlichen Grundeinstellungen der von ihnen repräsentierten Parteien zur Bildungspolitik zu personifizieren.

Die Art und Weise, mit der sich Josef-Hermann, Dufhues und Willy Brandt dieser Aufgabe unterzogen, verrät mehr über den Geist, mit dem die beiden grossen Kontrahenten dieses Wahljahres mit politischen Problemen fertig zu werden suchen, als je aus wohlabgewogenen Formulierungen amtlicher Verlautbarungen herausdestilliert werden kann. Das Auditorium hat das gespürt und daraus für die eigene Urteilsbildung im ganzen wohl mehr Gewinn gezogen als aus der Diskussion jener vielfältigen Einzelfragen, die den Gesamtkomplex der Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik zu jenem kaum noch von Spezialisten zu entwirrenden Problemestrüpp machen.

Zwei politische Stile

Dufhues war sich dabei offensichtlich bewusst, dass er an der unangenehmen Aufgabe scheitern musste, bei diesem Publikum Resonanz zu finden. Aber die Buhrufe und das Zischen der 600 Studenten im Hörsaal 10 der Bonner Universität galten gar nicht so sehr ihm, der sich die redlichste Mühe gab, etwas zu verkaufen, was er eben nicht hatte: Eine Konzeption der CDU zur Ausbildungsförderung. Diese Missfallenskundgebungen galten einer Partei, deren gesellschaftspolitische Grundvorstellungen und ideologische Fesseln es einfach nicht erlauben, ein angemessenes Verhältnis zu den wirklichen Problemen moderner Bildungspolitik und ihren Lösungsmöglichkeiten zu finden. Was Dufhues über die Schwierigkeiten referierte, die der Schaffung eines wirklich zeitgemässen Systems der Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik entgegenstehen, ist alles richtig. Wie er es aber sagte, liess erkennen, dass die CDU vor diesen Schwierigkeiten bereits kapituliert hat und allenfalls dazu bereit ist, dem bestehenden Flickwerk einige neue und optisch möglichst wirksame Flicker aufzusetzen, ohne es zu einem organischen Ganzen zu runden.

Ganz anders Willy Brandt, der sich keineswegs darauf konzentrierte, mit der Geste des Besitzenden das von der SPD erarbeitete Konzept einer umfassenden Ausbildungsförderung vor den Studenten auszubreiten - fast, als ob er gewusst hätte, dass der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU bereits vor ihm unfreiwillig den Beifall der Studenten für dieses "masslose" Modell provoziert hatte. Auch der Vorsitzende der SPD setzte sich mit den Schwierigkeiten auseinander, die bei der Realisierung des sozialdemokratischen Konzepts überwunden werden müssen, aber er liess keinen Zweifel daran, dass sich eine sozialdemokratische Bundesregierung nicht

damit abfinden werde, "dass die Ausbildungsförderung so schlecht und recht wie bisher zusammengestückelt wird aus den Erziehungsbeihilfen der Länder, den Fürsorge- und Kriegsfolgemaßnahmen des Bundes und einer allgemeinen Studienförderung, die ohne jede gesetzliche Grundlage den Zufälligkeiten der jeweiligen Haushaltslage ausgeliefert ist". Dies kann nach Lage der Dinge nur durch eine Konzeption erreicht werden, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird, weil es mit den Worten Willy Brandts unsinnig wäre, "die materiellen Regelungen eines solchen Komplexes jeweils nur auf bestimmte Gesetzgebungszuständigkeiten und -ebenen zuzuschneiden".

Für eine schnelle und gute Lösung

Dies ist aber der harte Kern des Problems: Einem Bundesgesetz, das den Gesamtkomplex der Ausbildungsförderung nicht nur unter dem Blickwinkel der öffentlichen Fürsorge oder unter nachwuchs- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zu regeln versuchte, stehen verfassungsrechtliche Einwände der Länder entgegen, und zwar um so mehr, je besser die angestrebte Regelung den bildungspolitischen Erfordernissen unserer Zeit zu entsprechen sucht. Willy Brandt hat erkennen lassen, dass die Sozialdemokraten nicht daran denken, aus diesen Gründen von ihrer Konzeption, die den ungeteilten Beifall gerade der Studentenschaften findet, Abstriche zu machen. Was vom Bund und den Ländern allein nicht geleistet werden kann, muss durch ihr Zusammenwirken zustande kommen. Bereits am 10. Februar hat die SPD-Bundestagsfraktion daher die gegenwärtige Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich mit den Ländern Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen aufzunehmen, das die Ausbildungsförderung aus öffentlichen Mitteln für alle jungen Menschen einheitlich regelt, die Voraussetzungen für gezielte und ausreichende Förderungsmaßnahmen für alle Formen der Ausbildung schafft und die Finanzierung durch Bund und Länder sicherstellt. Das ist unter den gegebenen Umständen der einzige Weg zu einer schnellen und befriedigenden Lösung.

Auch die Kulturpolitiker der CDU hatten sich diesen Vorschlag in Düsseldorf zu eigen gemacht. In Bonn hat nun Josef-Hermann Dufhues für die CDU die Vorlage eines neuen Bundesausbildungsbeihilfegesetzes angekündigt und die Änderung des Grundgesetzes in Erwägung gezogen. Daraus muss man schließen, dass die CDU entweder an einer umfassenden oder an einer schnellen Lösung kein Interesse hat. Denn eine Regelung, die sich nur auf die gegebenen Gesetzgebungskompetenzen des Bundes stützt, wäre unzulängliches Flickwerk, während der Versuch zur Ausweitung dieser Kompetenzen auf dem Wege einer Verfassungsänderung die Lösung der Probleme auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben droht.

Der VIII. Deutsche Studententag soll nach dem Willen seiner Veranstalter ein "politischer Studententag" sein. Man wollte u.a. auch die Haltung der politisch Verantwortlichen zu einer der brennendsten Fragen der deutschen Innenpolitik kennenlernen. Die Antworten der Politiker sind Nüsse; erst beim Knacken findet man die Kerne heraus.

Beispiel internationaler Zusammenarbeit

Der Appell des griechischen Regierungschefs an seine Landsleute in der Bundesrepublik

sp - Zum zweitenmal hat jetzt der griechische Ministerpräsident Papandreu seine in der Bundesrepublik arbeitenden Landsleute aufgefordert, sie sollten sich zur Wahrung ihrer Interessen als Arbeitnehmer vertrauensvoll an den Deutschen Gewerkschaftsbund wenden und ihm beitreten.

Schon vor Jahresfrist hatte Ministerpräsident Papandreu in einem Interview mit dem Sozialdemokratischen Pressedienst die gleiche Aufforderung an seine Landsleute gerichtet. Diesmal tat er es in offizieller Form, worauf der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg dem griechischen Ministerpräsidenten in einem herzlich gehaltenen Schreiben den Dank des Deutschen Gewerkschaftsbundes aussprach. Rosenberg versicherte in seinem Brief an Ministerpräsident Papandreu, der DGB werde auch weiterhin im Geiste der internationalen Solidarität für die Rechte und Interessen der in der Bundesrepublik arbeitenden Griechen eintreten.

Der Appell des griechischen Ministerpräsidenten an seine Landsleute und das Dankschreiben des DGB-Vorsitzenden sind ein Akt von großer Bedeutung für die internationale Zusammenarbeit der organisierten Arbeitnehmer. Papandreu ist der erste Ministerpräsident eines mit der Bundesrepublik befreundeten Landes, der in offizieller Form seinen Landsleuten enge Kontakte zu den Gewerkschaften des Gastlandes empfiehlt.

In dem damaligen Interview hatte der griechische Ministerpräsident betont, es gehe ihm hierbei nicht nur um eine Fürsorge sozialer Art für seine Landsleute, sondern auch um eine öffentliche Anerkennung der Leistungen des DGB beim Aufbau der deutschen Demokratie. Er wolle seinen Landsleuten durch seine Botschaft sagen, daß sie in der Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften lernen sollten, wie durch konstruktive Tätigkeit einer freien Gewerkschaftsbewegung der demokratische Staat immer fester wird und welche Bedeutung eine solche Erkenntnis zahlreicher griechischer Arbeiter für den Aufbau der Demokratie auch in Griechenland haben werde.

Seit der Ablösung der konservativen Regierung Karamanlis durch den fortschrittlichen Staatsmann Papandreu erlebt Griechenland einen sichtbaren industriellen Aufschwung. Was in den vergangenen Jahren unmöglich erschien, ist heute schon zur Tatsache geworden: Griechische Gastarbeiter, die sich inzwischen in der Bundesrepublik qualifiziert haben, kehren in ihr Heimatland zurück, um dort mit den in Deutschland gewonnenen Erfahrungen beim industriellen Aufbau mitzuwirken. Selbstverständlich kommt diesen Arbeitern dabei auch ihre gute Zusammenarbeit mit deutschen Gewerkschaftlern zugute. Ministerpräsident Papandreu hat die Bedeutung dieser Entwicklung klar erkannt.

Die Glosse:

Ein blinder Spiegel

pov - Es gab eine Zeit, in der keine begehbaren Brücken zwischen der Industrie und der Arbeiterbewegung bestanden. Das ist längst überwunden. Zwar wird niemand erwarten, daß nun, im Zeichen gewandelter Formen und breitester Wirksamkeit der SPD, alle Industriellen, alle Manager ihr Herz für Willy Brandt und seine Mannschaft entdeckt haben. Doch steht eines fest: Man sieht sich die Leute um den Kanzlerkandidaten prüfend an, und man begreift, daß man mit den Sozialdemokraten rechnen muß. In den Kommunen und den Ländern sowieso, nun aber auch im Bund.

Nur eine Stelle hat das offenbar nicht begriffen - der "Rundfunkspiegel" des deutschen Industrie-Instituts. Dieser "Rundfunkspiegel" hat seit eh und je seine Hauptaufgabe darin gesehen, mäkelnd und krittelnd alles aufzupicken, was auf irgendeiner Welle im Sinne selbstbewußter Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hörbar wurde, von sozialkritischen oder gesellschaftspolitischen Forderungen, die über den Sachstand von vorgestern hinausgingen, ganz abgesehen

Der Spiegel war fleckig. Aber er vermied es doch, wenn auch mühselig, sich einseitig für eine Partei, gegen eine andere festzulegen. Das ist ihm nun auch aus der Hand gerutscht. Die breite, quer durch die ganze deutsche Publizistik reichende Berichterstattung über Willy Brandts Besuche und Gespräche in den USA und in Großbritannien hat diesen Rundfunkspiegel so in Wallung gebracht, daß er überhaupt kein Bild der deutschen Wirklichkeit mehr wiedergibt. Nichts paßt ihm - nicht Willy Brandt, nicht seine Reisen, nicht seine Äußerungen, nicht die Berichterstattung der deutschen Zeitungen und Sender, nicht die Wahlchancen der SPD - kurz, die ganze Richtung paßt ihm nicht.

Es wird zu fragen sein, ob die deutsche Industrie solchen Kurs eines Organs des Industrie-Instituts - und damit dieses Instituts - ernsthaft will, wollen kann. In den Büros zwischen Elbe und Neckar weiß man, da man nüchtern zu denken versteht, wahrscheinlich mehr über Wert und Chancen der SPD als die Herren des Instituts. Denn denen ist doch seit 1953 nichts Neues eingefallen. Auf der politischen Bühne der Bundesrepublik aber hat sich seither mehr als nur die Farbe geändert. Die industriellen Auftraggeber des Instituts werden das dort in Köln gelegentlich doch einmal drastisch deutlich machen müssen.

Die Energiepolitik der EWG

Ab 1980 nur noch Atomkraftwerke ?

Von Pierre Simonitch, z. Z. in Brüssel

In Anbetracht der technischen Reife, die die nukleare Stromerzeugung in naher Zukunft erreichen wird, sowie wegen ihrer wirtschaftlichen Vorteile gegenüber konventionellen Kraftwerken, deren Brennstoffkosten voraussichtlich steigen werden, besteht durchaus die Möglichkeit, dass die gesamte nach 1980 im EWG-Raum installierte neue Leistung von Kernkraftwerken geliefert wird. Dies ergäbe nach den Plänen der Euratom für das Jahr 2000 eine atomare Stromkapazität von mindestens 500.000 Megawatt (MWe), die etwa zwei Drittel ihres gesamten Energiebedarfs decken würde.

Zu diesem Ergebnis kommt das kürzlich veröffentlichte "hinweisende Programm" der Euratom-Kommission, das im Laufe der nächsten Monate auf einer Reihe von Treffen diskutiert werden soll. Das erste Symposium fand bereits im April in Venedig statt; im Mai treffen sich dann die Vertreter der Gewerkschaftsverbände in Stresa, und im September wird das Programm von den Industrievertretern erörtert.

Voraussichtlicher Stromverbrauch bis zum Jahre 2000

Die Vorausschätzungen für den Elektrizitätsverbrauch in den EWG-Ländern beziffern sich folgendermassen (in Milliarden kWh): 1965 = 409, 1970 = 574, 1975 = 789, 1980 = 1080, 1990 = 1930, 2000 = 3450. Die Rolle der Kernenergie bei der Deckung dieses steigenden Bedarfs basiert für die unmittelbare Zukunft auf den bereits erprobten Reaktortypen, d.h. zu gleichen Teilen auf graphitmoderierten, gasgekühlten und wassergekühlten Reaktoren. Ab 1975 werden fortgeschrittene Konverter und ab 1980 schnelle Brüter hinzukommen. Bis zum Jahre 2000 soll auf die schnellen Brüter die Hälfte der Gesamtkapazität entfallen. Gleichzeitig schätzt man für die Stromerzeugung in den Atomkraftwerken der Jahrhundertwende eine Kosteneinsparung von 36 Prozent gegenüber klassischen Elektrizitätswerken. In dem der Brennstoffpreis bei Kernkraftwerken eine verhältnismässig geringe Bedeutung hat, würde sich selbst eine Verdoppelung des Uranpreises nur durch eine zehnpromzentige Erhöhung der Stromkosten auswirken.

Welcher Reaktortyp ist besser ?

Auf eine wichtige Frage weise auch das "hinweisende Programm" der Euratom-Kommission keine Antwort: Welchem fundamentalen Reaktortyp ist

der Vorzug zu geben, der Natururanreihe oder den mit angereichertem Uran betriebenen Reaktoren? Laut Bericht lässt sich weder dem einen noch dem anderen Typ ein entscheidender Vorteil zumessen; die wirtschaftlichen Perspektiven sind ähnlich, ebenso ihr Verbrauch an Spaltmaterial. Während auf der einen Seite die mit angereichertem Uran arbeitenden Reaktoren vielleicht billiger sind, bietet das andere System eine grössere Versorgungsunabhängigkeit und gestattet die Anwendung von Verfahren, die von Anfang an in der Gemeinschaft entwickelt wurden. Das Programm geht daher zweckmässigerweise davon aus, zumindest in der ersten Zeit die Parität zwischen den beiden Reaktortypen beizubehalten. Bei einer späteren Entscheidung kommen zu den technischen Gesichtspunkten natürlich auch politische Erwägungen hinzu; vor allem wird man sich darum bemühen, von Versorgungsquellen mit Monopolcharakter (den gegenwärtig im Westen die USA bei der Herstellung von stark angereichertem Uran innehat) unabhängig zu werden.

240 Milliarden DM müssen investiert werden

Die nötigen Investitionen für den Bau von Kernkraftwerken werden bis zur Jahrhundertwende auf etwa 60 Milliarden Dollar (rund 240 Milliarden DM) veranschlagt. Da diese Kraftwerke aus Rentabilitätsgründen eine erhebliche Leistungsgrösse besitzen müssen, schlägt das Programm eine verstärkte Koordinierung der Investitionen sowie eine Konzentration der Kräfte bis zur Unternehmensfusion vor. Die betreffenden Unternehmen müssen über eine ausreichende industrielle, technische und finanzielle Basis verfügen, um gegebenenfalls den Verlusten gewachsen zu sein, die sich bei der Einführung einer neuen Technik ergeben können. Nach Auffassung der Euratom-Kommission kann nach dem jetzigen Stand der Reaktortechnik ein 500-MWe-Kraftwerk als rentable Grössenordnung und eine jährliche Benutzungsdauer von 6000 Stunden als angemessen gelten. Unter diesen Umständen sollte sich der Gestehungspreis einer Kilowattstunde auf 5 Mills (Mill = der tausendste Teil eines Dollars) herunterdrücken lassen, was weit unter dem gegenwärtigen Stromkostenpunkt eines "klassischen" Kraftwerkes liegt.